

# Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden  
Nr. 1208, Ruben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Postkonton: Sächsische Staatsbank,  
Dresden, Post d. Korbler, Ange-  
hehen u. Heamien, Hb., Dresden,  
Gebrüder Kumbold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Sitzungen hiesiger Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, bei der Belegung der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Rückgängigkeit des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung

Abonnementpreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Neben-  
blatt „Rund“, außerdem „Wort und Bild“ monatlich 1,50 M., zu-  
sätzlich 40 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1,50 M. zusätzl. Post- u. An-  
nahmesch. 85 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Postfach 10, Bernauerstr. 25 261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr  
Verkaufsstelle: Postfach 10, Bernauerstr. 25 261 u. 12 707.  
Verkaufsstunde von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 20 mm breite Normzeile 35 Pf., die  
30 mm breite Normzeile 2 M., für ansonsten 40 Pf., u. 2,50 M.,  
abzüglich Versteigerung laut Tarif. Familienanzeigen, Zeichen- u.  
Witzgebilde 20 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einzelr. 10 Pf.

Nr. 92

Dresden, Mittwoch, den 20. April 1932

43. Jahrgang

## Hitlers Schwindel Von drei Seugen angenagelt

Die Berichterstatter drei großer ausländischer Zeitungen, Knickerbocker, A. Mowrer und Seston Delmer, haben der Öffentlichkeit am Dienstag folgende interessante Erklärung gegen das Lügenmaul Hitler übergeben:

„Am 14. d. M. empfing Herr Adolf Hitler drei der unterzeichneten Journalisten H. R. Knickerbocker, Edgar A. Mowrer und Seston Delmer um 2 Uhr nachmittags im Hotel Kaiserhof zu einer Unterredung über das Verbot der SA. und SS. Ein Fragebogen mit 5 Fragen wurde von uns ausgestellt und durch Herrn Dr. Gausstaengl, dem Auslandssekretär der NSDAP, Herrn Adolf Hitler vorgelegt.

Herr Hitler erklärte sich bereit, und gegenüber die Fragen zu beantworten. Dr. Gausstaengl war während der ganzen Dauer der Unterredung zugegen.

Eine der an Herrn Hitler gestellten Fragen lautete: „Möchten Sie, daß die deutsche Regierung bei dem Verbot der SA. ausländischem Druck nachgegeben hat?“

Hierauf antwortete Herr Hitler: „Ja. Nach meiner Mehrzeitung ist das der Fall gewesen. Schon vor einem Jahr erludte die französische Regierung Dr. Brüning um die Auflösung der SA. Dr. Brüning sagte mir, er könne aber erst jetzt sein Versprechen erfüllen.“

Darauf wies Herr Seston Delmer die Frage ein: „Geben Sie für diese Behauptung Beweise, Herr Hitler?“ Herr Hitler antwortete: „Nein, ich habe keine Beweise dafür.“

Die Erklärung der drei bekannten ausländischen Journalisten ist eine Antwort auf die Behauptung Hitlers, er habe als erklärt, daß das Verbot der SA. auf französischen Druck zurückzuführen sei. Eine derartige Behauptung sei eine „schlechte Nachrede“, zu deren Aufklärung er ein Disziplinärverfahren gegen sich und gegen die Verbreiter der Behauptung anstrengen werde.

Man ist bereits seit Jahren daran gewöhnt, daß Hitler keine Kompromisse alle ihnen unangenehmen Behauptungen, und wenn sie hundertmal wahr sind, unabweisbar bezeichnen lassen und jeweils mit dem Kabinett. Die Erklärung der drei ausländischen Journalisten ist ein freies Wort der Scharlatane aus Traunau und sein Anhang mit der Wahrheit umgehen, und daß diesen Kastermäulern nichts, aber auch gar nichts zu glauben ist!

## Schieds böses Spiel

### Der Brief an die Reichsregierung - „Das objektive Kabinett“

Die sächsische Regierung hat es für notwendig gehalten, wegen des SA-Verbotes an die Reichsregierung einen Schreibbrief zu senden.

Es wird darüber folgendes gemeldet:

Die Berliner Büropresse veröffentlicht über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zum SA-Verbot eine Mitteilung, in der es heißt, daß die Regierung Schied, nach dem Brief des Reichspräsidenten von Hindenburg an den Reichsinnenminister Grawert geschrieben wurde, auch von sich aus einen Brief an die Reichsregierung gerichtet habe, in dem ihre Stellungnahme zur Frage der Behandlung der Wehrorganisationen zum Ausdruck gebracht werden sei. Wie die Dresdner Nachrichten dazu von zuverlässiger Stelle erfahren, hat sich die sächsische Regierung von jeher auf den Standpunkt gestellt, daß Polizeimaßnahmen gleichmäßig und objektiv durchgeführt werden müssen. Infolgedessen hat sie bereits in der vorigen Woche, nach dem Hindenburg-Brief, den Reichsinnenminister Grawert ersucht, das Reichsministerium des Innern möge prüfen, ob gleiche Voraussetzungen wie für die SA-Formationen für Wehrformationen auch anderer politischer Parteien vorliegen.

Der Dresdner Anzeiger sagt über die Stellungnahme der sächsischen Regierung folgendes:

Soweit wir unterrichtet sind, hat die sächsische Regierung besonderen Wert darauf gelegt, daß alle den nationalsozialistischen Wehrorganisationen gleichgestellten anderen Organisationen vollkommen paritätisch behandelt werden. Die sächsische Regierung vertritt wie von jeher so auch beim Verbot der nationalsozialistischen Wehrorganisationen den Standpunkt, daß in Sachsen streng objektiv und gleichmäßig nach allen Seiten vorgegangen werden müsse.

Wir brachten gestern die Anfragen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, in denen darauf hingewiesen wurde, mit welcher Lässigkeit die sächsischen Behörden vielfach den Nazionschreitungen gegenübersehen, wie sehr sie geneigt sind, die Augen zuzudrücken, wenn es sich um Ver-

stöße der Nazis gegen die Gesetze handelt. Nach dem, was hier über den Brief des Herrn Schied an die Reichsregierung bekannt wird, braucht man sich über manches, was im Lande geschieht, nicht mehr zu wundern. Die Regierung läßt zwar erklären, daß sie nicht direkt ein Verbot des Reichsbanners gefordert habe, und eine ähnliche Erklärung hat Schied auch gegenüber dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion abgegeben. Aber wozu dann der Brief, wozu das ganze Gerede? Der Ministerpräsident muß zur Genüge den Unterschied zwischen dem Reichsbanner kennen. Oder sollte es für ihn keine Rolle spielen, daß das Reichsbanner eine Organisation zum Schutz der Verfassung ist und daß es nie wie die SA. in Kasernen untergebracht und bezahlte Soldatengruppen hielt, die bereit und begierig waren, bei irgendeiner Gelegenheit gegen die Anhänger der Republik draufloszuschießen? Aber es kommt Schied offenbar darauf an, bei den Verbündeten des Dritten Reiches nicht allzu schlecht angesehen zu sein. Man kann ja nicht wissen, wozu man die Leute einmal braucht und wahrscheinlich steht der Herr im Innern seines Herzens den Killinger und Rompanie gar nicht so fern und würde es ganz gern sehen, wenn hier in Sachsen die Rechtsparteien zusammen mit den Nazis eine „nationale“ Regierung aufrichten könnten.

Der ganze Brief ist eine recht üble Schleimerei. Entweder ist Herr Schied, was ja bestritten wird, der Meinung, daß das Reichsbanner aufgelöst werden soll, dann soll er das deutlich sagen, oder er ist nicht dieser Meinung, dann war dieser Brief nicht nur überflüssig, sondern er ist nur allzusehr geeignet, die Annahme zu rechtfertigen, daß die sächsische geschäftsführende Regierung gar nicht so objektiv ist, wie sie tut, sondern sich vielmehr recht eifrig bemüht, die Geschäfte der Reaktion und der Feinde der Republik zu besorgen.

Natürlich merken unter solchen Umständen auch die Behörden draußen im Lande, woher der Wind weht. Wie der Herr, so das Geschehen. Wenn Herr Schied selber so offenkundig zeigt, daß er gern auch mit den Nazis gut Freund sein möchte, ist es nur zu natürlich, daß die Behörden draußen im Lande sich danach richten und wenn es irgendwie geht, den Hitler-Leuten allerhand Gefälligkeiten erweisen, zumal ja in den Behörden zahlreiche Herren sitzen, die im Grunde genommen eifrige Anhänger der NSDAP sind, wenn sie es vorläufig auch meist vorziehen, sich in der Öffentlichkeit etwas zurückzuhalten.

Mit dieser geschäftsführenden Regierung des Herrn Schied muß ein sehr ernstes Wort gesprochen werden. Die Sozialdemokratie kann es sich nicht ruhig gefallen lassen, daß Herr Schied den Hitler-Leuten derartige Liebesdienste erweist. Daß die Regierung nicht klar Farbe bekennen will, geht ja auch daraus hervor, daß sie feinerzeit die Konferenz, in der die Länderregierungen sich mit der bevorstehenden Auflösung der SA. beschäftigten, nicht befristete. Sie will sich möglichst hinter der Reichsregierung verstecken und feinerzeit Verantwortung übernehmen, aber gleichzeitig soll auch immer wieder den Nazis gezeigt werden: wir sind gar nicht so schlimm, wir sind gegebenenfalls auch für euch ganz gut zu verwenden. Das ist fürwahr ein recht böses Spiel.

### „Einseitiger Vorstoß gegen links“

Der demokratischen Bittauer Morgenzeitung entnehmen wir über die Angelegenheit folgendes:

Es ist schon nicht gerade angenehm aufzufallen, daß die sächsische Regierung bei dem Verbot des SA-Verbotes Wert darauf legte, im Gegensatz zu Bayern, Preußen und Posen ihre Neutralität zu betonen. Immerhin, es war Neutralität; aber diese Neutralität hat die sächsische Regierung jetzt offensichtlich aufgegeben, denn das

### Zerreißen der SA-Banden

#### Planmäßige Heberfälle auf das Reichsbanner

Dortmund, 19. April. In Dortmund wurden Reichsbannerleute, die Flugblätter verteilten, von 400 SA-Leuten, die sich zusammengerottet hatten, überfallen. Mehrere Reichsbannerleute wurden verletzt, darunter einer schwer. Der Polizeibericht stellt ausdrücklich fest, daß die Heberfälle auf das Reichsbanner von den SA-Leuten planmäßig vorgenommen wurden. Das Reichsbanner hat sofort den Reichsinnenminister Grawert von diesem Bandentreiben der SA-Leute telegraphisch unterrichtet und wird sich außerdem noch mit einem Anruf an die Öffentlichkeit wenden.

## Religiöser Dursinn

### Hitler läßt sich dauernd segnen - namentlich von Großkapitalisten!

In der deutschen Politik hat sich selten ein solcher Ueberwältigungsumschlag wie Hitler. Nur Wilhelm II. hätte so ähnlich drauflos - man weiß ja auch, wie das zu Ende ging. Jetzt fängt Adolf auch so zu frömmeln an, wie Wilhelm manchmal konnte. So hat Hitler in einer Wörtchen-Verammlung dieser Tage laut Bericht im sächsischen Tagesblatt erklärt:

„Den Priester am Altar und den Priester in seiner Seele, beide werden wir schützen, aber den Priester in der Politik werden wir entzerrnen!“

Wozu nur zu jagen wäre: Do fangt nur endlich an! Diejenigen evangelischen Pfarrer, die sich in der Politik herumtreiben, tummeln sich vor allem bei den Kreuzkämpfern und haben dort derart blutrünstige Reden gehalten, daß sich ihre Religion bestoegen schämen und Landesynoden zum Einschreiten gezwungen sind. Der Schwäger Hitler denkt gar nicht daran, auf diese Kreuzkämpfer zu verzichten; er läßt sich von ihnen bestärken und segnen.

Er läßt sich überhaupt dauernd segnen jetzt, denn in den Reihen der deutschen Nation, auf die das Hakenkreuz spekuliert, gibt's ja gegenwärtig wieder mal religiösen Auftrieb. Der Münchner Parteibefehliger hat laut Bericht seiner Reden in mehreren Verammlungen erklärt, „daß der Herr Bewegung bisher geeignet habe“. Ob Adolf darunter die Industriellen-Schmiergelder versteht, die den Nazis auslösen, hat er leider nicht gesagt. Wie verliert diese Vermischung von Hakenkreuz, Politik und Religion in den Reihen der Hitler-Partei auftritt, dafür zeugt eine nationalsozialistische Postkarte, die im Verlag Franz Müller, München, herausgegeben ist. Sie nennt sich „SA-Postkarte Nr. 16“. In dieser Zusammenstellung von Hakenkreuz, SA. und Hakenkreuz mischen sich religiöser Dursinn und Gotteslächerung. Wir spenden uns

jeden weiteren Kommentar und geben hier das Konstrukt samt Hitlers Unterzeichnung in einer Kopie des Originals wieder. Kehntlicher Humbug zirkuliert unter den Nazis auch in Buntdruck.



*Jesus segnet unsere Bewegung!*  
Adolf Hitler